22. AUG. 1918

Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 35 | Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis M. 1,50 pro Quartal. Redaktion und Expedition: Hamburg 25, (Klaus-Groth-Straße). Fernspr. 5, 8246. | Hamburg, den 31. August 1918 | Anzeigen kosten die fünfgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der Betrag ist stets vorher einzusenden). Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile. | 32. Jahrg.

Frauenarbeit im Lackierergewerbe.

Frauenarbeit war im Lackierergewerbe zwar schon vor dem Kriege üblich, sie ist durch ihn aber wesentlich gefördert worden. Das ist bei dem allgemeinen Ueberhandnehmen der Beschäftigung der Frauen, selbst in Berufen, in denen man niemals an weibliche Arbeitskräfte gedacht hätte, als ganz selbstverständlich zu betrachten; denn es gibt beim Anstreichen, Lackieren und dem Vorbereiten dieser Arbeiten, zumal wo es sich um eine immer wiederkehrende Tätigkeit handelt, so viel Gelegenheit zur Verwendung von Hilfskräften, daß es sonderbar wäre, wenn dazu nicht auch Frauen oder Mädchen herangezogen würden.

Die Frauenarbeit ist hier besonders anzutreffen, wo kleinere Gegenstände in einfacher Weise zu reinigen, zu streichen, schleifen und zu lackieren sind. Zu sogenannten Tauch- oder Spritzarbeiten, vereinzelt aber auch zu schon qualifizierteren Abzieh- und Absetzarbeiten wurden sie herangezogen, beispielsweise in Nähmaschinen-, Schreibmaschinen-, Fahrradfabriken, in mechanischen und optischen Werkstätten, bei der Fertigstellung von Maschinen für die Landwirtschaft, für die Nahrungsmittelindustrie, in sogenannten Blechlackierereien, Spielwaren-, Lampenfabriken und andern mehr. Ferner werden Arbeiterinnen nicht selten mit Rostabkratzen und Abwaschen beschäftigt, was vielfach schon gar nicht mehr als eigentliche Berufsarbeit zu betrachten ist. Vielfach sind aber auch unternommene Versuche mit weiblichen Kräften, vor allem in Waggonfabriken, wieder aufgegeben worden; denn es müssen immerhin gewisse Vorbedingungen erfüllt sein, wenn die Frauenarbeit ungehindert möglich sein soll. Und das ist in vielen Lackierereibetrieben nicht der Fall. Wo ein Besteigen von Leitern oder Laufbrettern, der Transport schwerer Lasten vorkommt, oder wo die Arbeitsteilung nur schwer durchzuführen ist, entstehen allerlei Schwierigkeiten, die den Betrieb durch die Frauenarbeit nicht rationell gestalten, oder sittliche oder körperliche Gefahren heraufbeschwören. Dazu kommen dann noch die Gesundheitsschädigungen durch die Verarbeitung blei- und in letzter Zeit benzolhaltiger Anstrichmittel, die wohl auch manche Betriebsleitung abhalten, bei deren Verwendung Arbeiterinnen mit heranzuziehen.

Vielfach ist die Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte in den Lackiererabteilungen größerer Fabriken keine beständige. Man verwendet sie nur vorübergehend in besonderen Bedarfsfällen und bei bestimmten Arbeiten, für die nicht sogleich geeignete männliche Hilfskräfte zur Verfügung stehen.

Die große Fluktuation und Unbeständigkeit in den Beschäftigungsverhältnissen unserer weiblichen Berufsgenossen erschwert es uns naturgemäß, genauere Feststellungen über die Zahl der Beschäftigten und ihre Lohnverhältnisse zu machen, zumal diese auch zum Teil in andern Verbänden organisiert sind.

Trotzdem hielten wir es für zeitgemäß, zunächst durch unsere Bezirksleiter einige allgemeine Angaben einzufordern. Das so gewonnene Material ist zweifellos noch sehr lückenhaft, doch wird es uns als Grundlage für eine gründlichere Erhebung in nächster Zeit noch wertvolle Dienste leisten. Wir geben hier daraus die für uns wichtigsten Punkte wieder.

Im ersten Bezirk wurden in 2 Betrieben der optischen Anstalt von C. P. Goerz und in 6 Flugzeugbetrieben 109 Arbeiterinnen der Lackierereiabteilungen festgestellt. Diese waren beschäftigt mit dem Streichen, Tauchen, Spritzen, Lackieren und Reinigen von Eisenteilen und Entfernen alter Anstriche.

Von den 109 Beschäftigten arbeiteten 60 in Stundenlohn und 49 in Akkord. — Von den Stundenlohnarbeiterinnen erhielten:

65 ₰ die Stunde....	2;	wöchentlich	M. 33,80	
70 „ „ „	16;	„	„ 35,—	
75 „ „ „	44;	„	„ 36,—	bis M. 40,—
90 „ „ „	12;	„	„ 45,—	

Von den Akkordarbeiterinnen erhielten:

80 ₰ Stundenlohn	20;	wöchentlich durchschnittl.	M. 38	
90 „ „	23;	„ „	„ 43 bis 46	
120 „ „	7;	„ „	„ 61	

Im zweiten Bezirk ist die Zahl der in Lackierereien beschäftigten weiblichen Arbeiterinnen nicht sehr groß und hat auch während der Kriegszeit keine weitere Ausdehnung erfahren. In der Fahrrad- und Schreibmaschinenindustrie werden sie zum Tauchen, Spritzen und Schleifen der einzelnen Teile verwandt; in den Fabriken für elektrische Apparate zum Lackieren der Apparate und Schaltbretter und in der Autoindustrie zu Reinigungsarbeiten.

Insgesamt wurden in 4 Betrieben 41 Arbeiterinnen der Lackiereieabteilungen ermittelt.

In den Adlerwerken (Frankfurt a. M.) arbeiten in der Autoabteilung 2 Arbeiterinnen, und zwar werden sie zum Reinigen der Werkstätten verwandt. Sie erhalten einen Stundenlohn von 45 ₰; vor dem Kriege erhielten sie 25 bis 30 ₰. Die Lackierer der Autoabteilung verdienen zurzeit durchschnittlich etwa M 1,25 bis M 1,40 in der Stunde im Akkord; vor dem Kriege etwa 80 ₰. In der Fahrrad- und Schreibmaschinenabteilung sind 5 Arbeiterinnen beschäftigt, deren Verdienst jedoch nicht näher zu ermitteln war. — Bei Hartmann & Braun, Fabrik elektrischer Apparate und Instrumente in Frankfurt a. M., sind 2 Arbeiterinnen mit Lackiererarbeiten beschäftigt. Sie erhalten 45 ₰ Stundenlohn, arbeiten jedoch stets im Akkord, wobei sie auf durchschnittlich 80 ₰ die Stunde kommen. Die Lackierer verdienen durchschnittlich etwa M 1,40 im Akkord; vor dem Kriege kamen sie auf 85 bis 90 ₰, die Lackiererinnen auf 40 bis 45 ₰ durchschnittlichen Akkordverdienst. — Bei Vogt & Häffner (Frankfurt a. M.), Fabrik elektrischer Apparate, arbeiten 18 Arbeiterinnen in der Lackiererei. Sie verdienen durchschnittlich 65 ₰ die Stunde im Akkord, die Lackierer etwa M 1,40. Vor dem Kriege kamen die Lackiererinnen auf einen durchschnittlichen Akkordverdienst von 35 bis 40 ₰ und die Lackierer auf 75 bis 80 ₰. — In den Opelwerken (Rüsselsheim) werden 14 Arbeiterinnen teils in der Fahrrad und Schreibmaschinenabteilung und der Autoabteilung beschäftigt. Sie kommen auf einen durchschnittlichen Akkordverdienst von etwa 55 bis 60 ₰ die Stunde; die Lackierer etwa auf M 1,20. Vor dem Kriege betrug der Verdienst der Arbeiterinnen etwa 35 bis 40 ₰ und der der Lackierer etwa 70 bis 75 ₰ die Stunde im Akkord.

Im dritten Bezirk werden besonders in den Flugzeugbetrieben weibliche Arbeitskräfte mit Anstreicher- und Lackiererarbeiten beschäftigt. Die Einstellungslöhne sind tariflich festgesetzt und betragen für Arbeiterinnen unter 18 Jahren 50 ₰, für die übrigen 55 ₰ pro Stunde. Soweit sie nicht direkt am Akkord beteiligt sind und dadurch einen höheren Verdienst erzielen, so erhalten sie Prämien. Diese betragen 10 bis 30 ₰ für die Stunde. Die Frauen erhalten außerdem die für die männlichen Arbeiter festgesetzten Teuerungszulagen.

Auf den Seeschiffswerften werden in den eigentlichen Malereibetrieben Frauen nur vorübergehend beschäftigt. Deren Tätigkeit ist im allgemeinen nicht als Berufsarbeit zu bezeichnen. Ihre Entlohnung ist sehr unterschiedlich und vorwiegend recht gering. Bei jeder Lohnbewegung wurde der Versuch unternommen, für sämtliche weibliche Arbeitskräfte einen bestimmten Stundenverdienst festzusetzen, leider vergeblich. Neben dem Hinweis, daß die Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte in Werftbetrieben unrentabel ist, haben die Unterhändler von Arbeitgeberseite noch stets darauf hingewiesen, daß die Frauen ihres Wissens unorganisiert seien. Es kann nur konstatiert werden, daß aus diesem Hinweis die Frauen die richtige Lehre nicht gezogen haben.

Im vierten Bezirk wurden in 5 Betrieben Lackiererinnen ermittelt. — Hier arbeiten in der Herforder Möbelindustrie 10. Sie werden zum Vorstreichen verwendet bei 30 ₰ Einstellungslohn, der bis 50 ₰ steigt. — In der Waggonfabrik von van der Zypen (Cöln) arbeiten 12 weibliche Lackierer; ein kleiner Teil dieser kratzt Rost ab und streicht vor; die übrigen lackieren kleine Teile für D-Zugwagen, die man früher polierte. Hierbei wurden vor dem Kriege 38 bis 39 ₰ die Stunde verdient, heute dagegen 70 bis 72 ₰. — Bei Linke-Hoffmann (Cöln-Ehrenfeld) sind 10 Lackiererinnen beschäftigt. Eine davon verrichtet Lackierer-, die andern Anstreicherarbeiten. Der Lohn beträgt jetzt für erstere 60 ₰, für die übrigen 58 ₰. — In der Instandsetzungswerkstatt (Cöln) werden zum Ausbessern von Artilleriewagen 5, zuweilen auch bis 8 Arbeiterinnen verwendet. — Die Waggonfabrik A.-G. Uerdingen beschäftigt 5 weibliche Personen mit Lackierer- und Anstreicherarbeiten. Eine ist als Schriftenmalerin tätig, die andern werden als Hilfsarbeiterinnen beschäftigt. Der Lohn schwankt zwischen 37 und 50 ₰ pro Stunde.

Im fünften Bezirk wurden in 10 Betrieben, darunter Waggonfabriken, Flugzeugbauanstalten, Automobilbaubetriebe, Metallwarenfabriken verschiedener Art und bei Zeiß in Jena zusammen 145 Lackiererinnen gezählt. Mit Ausnahme von Zeiß in Jena und der Metallwarenfabrik Ruppel in Gotha sind uns keine Betriebe bekannt, die vor dem Kriege Lackiererinnen beschäftigten. Heute werden unsere Kolleginnen unter anderm verwendet zum Anstreichen von Autokästen, Waggonteilen, Protzen und Lafetten, kleinen Metallteilen verschiedenster Art, zum Streichen und Spritzen von Granaten und anderm Kriegsgerät, zum Streichen und Lackieren von Möbeln und bei der Bearbeitung (Imprägnieren) usw. der Tragflächen von Flugzeugen. Als eine für die Dauer zusagende Beschäftigung wird die Tätigkeit in der Lackiererei von den wenigsten Kolleginnen betrachtet. Daher kann von Stabilität im Arbeitsverhältnis in der Regel nicht gesprochen werden.

Während vor dem Kriege nicht im Akkord gearbeitet wurde, ist er jetzt in 7 Betrieben eingeführt; nur 3 Betriebe arbeiten ausschließlich im Stundenlohn. Die Verdienste schwanken bei Stundenlohnarbeit zwischen M 17,60 und M 28,60 die Woche, bei Akkordarbeit zwischen M 25 und M 55.

Es verdienten:

Im Lohn		Im Akkord	
Anzahl der Beschäftigten	pro Woche M.	Anzahl der Beschäftigten	pro Woche M.
3	17,60	3	25,—
84	19,—	4	28,20
4	21,50	15	30,—
14	22,—	14	31,—
3	24,—	84	33,—
14	27,—	10	55,—
1	28,—		
10	28,60		

Im sechsten Bezirk sind Frauen in größerer Zahl in Flugzeugbetrieben beschäftigt, wo sie zum Bellonieren kleinerer Teile verwendet werden. Die gesundheitsschädlichen Wirkungen des Imprägnierungsmaterials erzeugen schwere Augenentzündungen der Mädchen und häufige Schwindelanfälle. Weiter werden Frauen verwendet in einigen Waggonfabriken und Autobetrieben, meist jedoch zum Streichen von Militärwagen, Patronenkasten, Geschoßkörpern usw. Besonders stark ist die Beschäftigung von Frauen auch in Nähmaschinen- sowie in Blechwarenfabriken. Auch im eigentlichen Malergewerbe haben wir nun weibliche Arbeitskräfte vereinzelt zu verzeichnen, zum Teil haben sie hier bereits durch Ableistung der Meisterprüfung einen höheren Grad von beruflicher Fertigkeit erreichen können. Zurzeit konnten im sechsten Bezirk zirka 180 Frauen im unserm Beruf ermittelt werden.

Im siebten Bezirk kommt hauptsächlich Nürnberg für Verwendung von Frauen in Betracht, wo sie mit Geschoßstreichen und ähnlichem beschäftigt werden. Weiter sind Frauen tätig in den Kinderwagenfabriken in Ansbach und Rothenburg. Dort werden noch ganz niedrige Löhne von 30 und 35 ₰ gezahlt.

Wir begnügen uns vorläufig mit der Wiedergabe dieser vorerst ermittelten Tatsachen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen und der beteiligten Betriebe ist sicher weit größer, als hier angegeben ist; über den wirklichen Umfang der Frauenarbeit in unserm Beruf soll, wie schon hervorgehoben, eine besondere Erhebung demnächst Aufschluß geben. Ebenso wird dann tiefer in die bestehenden Arbeits- und Lohnverhältnisse hineingeleuchtet und dargelegt werden, welche Stellung wir zur Frauenarbeit im Lackierergewerbe auf Grund der zu verarbeitenden Rohstoffe, der bestehenden Arbeitsmethoden und der Lohnpolitik usw. einzunehmen haben.

Zunächst sei nur noch festgestellt, daß wir den Arbeiterinnen schon seit Jahrzehnten den Eintritt in den Verband freibielten. Trotz aller Bemühungen waren jedoch nur wenige unsern Bestrebungen zugängig. Neben den bekannten allgemeinen Schwierigkeiten, mit denen alle Gewerkschaften bei der Werbung weiblicher Mitglieder zu kämpfen haben, kommt hier, wie bereits angedeutet, in Betracht, daß die Lackierer- beziehungsweise Anstreicherabteilungen in größeren Industriebetrieben für Hilfskräfte — besonders aber für weibliche — nach außen nicht in sich abgeschlossen sind. Die darin Beschäftigten wechseln oft in andere Abteilungen; dadurch scheiden viele für uns von vornherein aus, andere wieder sind bei der Agitation schwer zu erfassen.

Seit kürzerer Zeit haben wir trotzdem unsern Bestand an weiblichen Mitgliedern nennenswert erhöht. Wir zählten 1901 (am Jahresschlusse) 50, erhielten uns bis 1909 mit gewissen Schwankungen auf gleicher Höhe, 1910 besaßen wir 35, dann 31, 33, 20, und Ende 1914 nur noch 7 weibliche Mitglieder. Im zweiten Kriegsjahre stieg die Zahl auf 24, im folgenden Jahre auf 108 und 1917 auf 181.

Durch weitere Bemühungen muß es möglich sein, hier noch wesentliche Fortschritte zu machen, so daß die Mitgliederziffern zu den Beschäftigtenziffern, unter Berücksichtigung aller bestehenden Schwierigkeiten, in einem günstigen Verhältnis stehen. Dann werden wir auch, mehr noch als bisher, die Interessen unserer weiblichen Berufsgenossen nachdrücklicher wahrnehmen können.

Die gewerblichen Unfälle im Jahre 1916 und der Bericht des Reichsversicherungsamts für 1917.

Die Rechnungslegungen der Berufsgenossenschaften und der Ausführungsbehörden sowie die jährlichen Berichte des Reichsversicherungsamts gewähren auch in der jetzigen Zeit einen wertvollen Einblick in die Größe der Opfer, die das arbeitende Volk auch hinter der Front in den kriegsgewerblichen Betrieben und sonst zur Erhaltung des Wirtschaftslebens bringen muß. Die gesteigerte Intensität der Arbeit in Verbindung mit der Unterernährung erhöht die Disposition zu Unfällen und Erkrankungen. Mit dem physischen Kräfterückgang ist auch eine nicht geringe Einbuße an Willensstärke und Schutzbedürfnis verbunden. Jeder Krieg, als ein Unglück für alle Völker, hat nicht nur einen tatsächlichen Verlust an Menschen und materiellen Werten zur Folge, sondern es geht zugleich in der Anschauung über den Wert und den Inhalt des Lebens ein sittlicher Verfall vor sich. Fast alle Kreise und Familien unseres Volkes sind mehr oder weniger hart von den Vernichtungen des Krieges betroffen.

Dieses große Leid, von dem jeder einzelne erfaßt wird, erzeugt eine Abgestumpftheit gegen Menschenschutz und -wohlfahrt, die sich noch weit in den Friedensjahren wirkend anzeigen wird. Unter diesem Gesichtspunkt müssen die Zahlen über die gewerblichen Unfälle und Erkrankungen angesehen werden.

Nach amtlicher Feststellung betrug die Zahl aller bei den Berufsgenossenschaften, Reichs-, Staats-, Provinzial- und gemeindlichen Ausführungsbehörden gemeldeten und entschädigten Unfälle:

Jahr	Unfälle insgesamt	Entschädigte Unfälle	Davon tödlich Verletzte
1913	789 373	139 633	10 239
1914	704 973	124 086	9 401
1915	592 504	96 227	8 969
1916	606 056	103 183	9 951
1917	681 515	107 695	?

Für das letztere Jahr liegen die gesamten Zahlenergebnisse noch nicht vor. Von den vorstehenden Unfällen entfallen auf die gewerblichen Berufsgenossenschaften:

Jahr	Unfälle insgesamt	Entschädigte Unfälle	Tödlich Verletzte
1913	581 211 (61,33)	74 978 (7,91)	6 573 (0,69)
1914	514 975 (62,23)	66 580 (8,05)	5 992 (0,72)
1915	427 994 (63,96)	50 119 (7,49)	5 593 (0,84)
1916	438 485 (65,57)	55 538 (8,29)	6 426 (0,99)

Die in Klammern gesetzten Zahlen zeigen das Verhältnis zu je 1000 Vollarbeitern an. Aus diesem Material ergibt sich, daß bis Ende 1915 bei der gesamten Unfallversicherung ein Rückgang der Unfälle in der absoluten Zahl zu verzeichnen war. Mit dem Jahre 1916 ändert sich das. Der Löwenanteil der Unfälle entfällt auf die gewerblichen Berufsgenossenschaften. Die erhebliche Zunahme der schweren körperlichen Beschädigungen in den Kriegsjahren ergibt sich besonders aus den Zahlen der tödlich Verletzten und hier aus dem Verhältnis zu den entschädigten Unfällen. Auf 1000 entschädigte Unfälle kamen tödlich Verletzte: 1913 87,66, 1914 90, 1915 111,59 und 1916 115,72. — Eine offensichtliche Zunahme der entschädigten Unfälle ist auch bei den weiblichen und jugendlichen Personen festzustellen. Bei den weiblichen Erwachsenen betrugen diese Unfälle im Jahre 1913 2947, 1914 2727, 1915 3098 und 1916 5980. Auf die Jugendlichen kamen 1913 2651 (801), 1914 2588 (278), 1915 2894 (281), 1916 3801 (879) Unfälle. Die in Klammern gesetzten Zahlen zeigen die Beteiligung der weiblichen Jugendlichen. Wie man sieht, fordert die Kriegsindustrie nicht unbeträchtliche Opfer. Für die gesamte Unfallversicherung betrug 1916 die Summe der Entschädigungsbeträge (Renten usw.) ℳ 177 862 888 und 1917 ℳ 181 276 564. Die Verwaltungskosten betrugen 1916 ℳ 20 521 144, wovon für die Ueberwachung der Betriebe durch 440 technische Aufsichtsbeamte ℳ 1 760 089 aufgewandt wurden.

Der größere Teil dieser gewaltigen Ausgaben entfällt auf die gewerblichen Berufsgenossenschaften. Sie gaben aus für Entschädigungen ℳ 126 762 857, für Verwaltungskosten ℳ 15 070 582 und für die Ueberwachung der Betriebe durch 882 technische Aufsichtsbeamte ℳ 1 542 733 usw. Die Unfallverhütung und die betriebstechnische Ueberwachung der Behörden und Berufsgenossenschaften ist zurzeit äußerst minderwertig und leidet besonders unter den Heereseinberufungen der Aufsichtsbeamten. Das wird auch dadurch keine Aenderung erfahren, daß der Präsident und die technischen Mitglieder des Reichsversicherungsamts hier selbst unterstützend eingreifen. Um hier Wandel zu schaffen, wäre eine gründliche Umgestaltung der ganzen betriebstechnischen Beaufsichtigung der Berufsgenossenschaften mit dem Gewerbeaufsichtsdienst nötig, der von den bureaukratischen Fesseln befreit und auf einer breiteren Grundlage volkstümlicher aufgebaut werden müßte. Nur dadurch wird man in der kommenden Zeit die Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter einschränken oder verhindern können.

Von den 64 Berufsgenossenschaften, bei denen technische Aufsichtsbeamte im Jahre 1916 tätig waren, sind Jahresberichte erstattet worden. Sie weisen zusammen 86 145 Prüfungstage nach, wovon 26 363 Tage auf Betriebsbesichtigungen entfallen. Bei den Baugewerksberufsgenossenschaften und der Tiefbauberufsgenossenschaft sind insgesamt in den als überwachungsbedürftig nachgewiesenen Betrieben — das sind 37 392 Betriebe (?) und 3655 angemeldete Eigenbaubetriebe, zusammen 41 047 Betriebe — 67 127 Besichtigungen ausgeführt worden. Bei den übrigen Berufsgenossenschaften sind von 570490 vorhandenen Betrieben nur 53 482 besichtigt worden!

Das Reichsversicherungsamt hat seine Tätigkeit auch im Jahre 1917 unter erschwerenden Umständen ausüben müssen. Von den 470 Personen des Amtes waren bis zum Schluß des Jahres 1917 135 zum Heeresdienst einberufen; davon sind seit Beginn des Krieges 10 gefallen. Dasselbe wird auch von den Berufsgenossenschaften, von denen keine abgeschlossenen Zahlen vorliegen, zu sagen sein. Der Präsident hat zahlreiche Vorträge, auch an der Front, über Wirken und Ziele der Sozialversicherung sowie über ihren Einfluß auf die Gesundheit und Wehrkraft unseres Volkes gehalten. Auch finanziell hat die Sozialversicherung die Wehrkraft gestärkt. Im ganzen haben die Berufsgenossenschaften auf sieben Kriegsanleihen 862 Millionen Mark, die Träger der Invalidenversicherung rund eine Milliarde 134 Millionen Mark, zusammen also 1 Milliarde 996 Millionen Mark gezeichnet. Es darf wohl bestimmt zu erwarten sein, daß sich die Versicherungsträger auch nach dem Kriege für dringende Wohlfahrtszwecke, wie Volksgesundheit, Arbeiterschutz, Arbeitslosenunterstützung, Wohnungsfürsorge usw., zu ähnlichen Leistungen willig bereit erklären. —

Die Zahl der gewerblichen Berufsgenossenschaften, denen auch für 1916 eine Ermäßigung der Umlagebeträge zugestanden werden mußte, ist auf 25 zurückgegangen. Im wesentlichen waren es wieder die Baugewerksberufsgenossenschaften und die Berufsgenossenschaften der von dem Baugewerbe abhängigen Gewerbezweige, die eine schonende Berücksichtigung ihrer Mitglieder (der Unternehmer) verlangten. Das Reichsversicherungsamt hat Entnahmen aus der Rücklage in Höhe von ℳ 9 192 000 und Ermäßigungen der Rücklagezuschläge für 1916 in Höhe von ℳ 615 000 zugestimmt. Im Berichtsjahr wurden wieder einige Unfallverhütungsvorschriften der gewerblichen Berufsgenossenschaften genehmigt, darunter auch die für Montage bei Eisenkonstruktionen (Eisenbauten) der Maschinenbau- und Kleineisenberufsgenossenschaft, der Hütten- und Walzwerkberufsgenossenschaft sowie der übrigen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften, gültig vom 1. Oktober 1917 beziehungsweise auch vom 1. Januar 1918 an. Viel bieten diese Vorschriften für die Unfallverhütung nicht, wo doch immerhin durch den preußischen Ministerialrunderlaß, betreffend den Entwurf einer Polizeiverordnung über den Schutz der Arbeiter bei Eisenbauten, vom 1. Februar 1917 eine vorbildliche Arbeit gegeben war. Im übrigen wird über diese Vorschriften der Herren von der Eisen- und Stahlindustrie noch etwas ausführlicher an einer andern Stelle gesagt werden müssen. — Am 23. April 1918 ist dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten in Preußen von der Sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission eine Eingabe, betreffend Grundzüge für einheitliche Unfallverhütung bei Hochbauten, übermittelt worden. Der Inhalt dieser Eingabe fordert derartige Grundzüge im Sinne der Abhandlung, wie sie 1916 in den baugewerblichen Organen dargestellt wurden. Eine Antwort ist hierauf bis jetzt nicht erfolgt. Daraus darf aber noch nicht geschlußfolgert werden, daß man sich im Ministerium ganz ablehnend dagegen verhalten werde. —

In dem Bericht des Reichsversicherungsamts bietet die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung einige Ausführungen von großem Wert. Nach den amtlichen Nachweisungen der Versicherungsträger wurden bis zum 31. Dezember 1917 4 199 672 Renten festgesetzt. Davon sind unter andern 2 682 711 Invalidenrenten, 343 331 Krankenrenten, 720 552 Altersrenten, 387 020 Waisenrenten, 62 426 Witwen- und Waisenrenten usw. Die Leistungen waren im Jahre 1916 auf ℳ 293 944 388 gestiegen. Insgesamt sind bis Ende 1916 an Entschädigungen ℳ 3 476 656 435 gezahlt worden.

Von Interesse sind auch die Leistungen des Heilverfahrens. Mit einem Gesamtkostenaufwande von ℳ 20 846 108 wurden 95 760 Versicherte (1915: 79 475) in Behandlung genommen. Davon kommen auf die ständige Heilbehandlung 28 149 Lungen- oder Kehlkopftuberkulose mit ℳ 12 615 446, 202 Lupuskranke mit ℳ 88 826, 220 an Knochen- und Gelenktuberkulose Leidende mit ℳ 78 815 und 21 875 andere Kranke mit ℳ 5 817 506. Nichtständig sind 44 902 Personen behandelt worden, darunter 42 852 wegen Zahnkrankheiten (Zahnersatz). Von dem Gesamtkostenaufwande sind ℳ 4 588 082 durch andere Versicherungsträger, Gemeinden usw., erstattet worden. Seit dem Jahre 1897, also in einem Zeitraum von 20 Jahren, sind im ganzen 1 460 879 Versicherte, darunter 576 691 wegen Lungen- und Kehlkopftuberkulose, mit einem Gesamtkostenaufwande von rund 889 Millionen Mark in Heilbehandlung gewesen. — Nach Abschluß der Behandlung im Jahre 1916 wurde ein Heilerfolg erzielt bei sicher nachgewiesenen Lungen- und Kehlkopftuberkulosen in 87 von 100 Fällen, bei Verdacht der Lungentuberkulose in 96 vom Hundert, bei Lupus (Hauttuberkulose, tuberkulöses Geschwür) in 91 vom Hundert, bei Knochen- oder Gelenktuberkulose in 55 vom Hundert und bei andern Krankheiten in 90 vom Hundert der behandelten Fälle. — Für allgemeine Maßnahmen zur Verhütung des Eintritts vorzeitiger Invalidität unter den Versicherten oder zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse der versicherungspflichtigen Bevölkerung haben die Versicherungsanstalten 1916 ℳ 1 546 718 und zur Bekämpfung der infolge des Krieges drohenden gesundheitlichen und wirtschaftlichen Schädigungen der Bevölkerung insgesamt ℳ 18 687 186 aufgewendet. Gerade auf diesem Gebiete wird in Zukunft die Sozialgesetzgebung mit größeren Zielen und planmäßiger arbeiten müssen.

G. Heinke.

Nochmals: Sonderbare Art der Arbeitsvergebung.

Zu den Notizen unter dieser Ueberschrift in den Nummern 24 und 32 des „Vereins-Anzeiger" wird uns weiter geschrieben:

An unsere in Nummer 32 des „Vereins-Anzeiger" gegebene Rechtfertigung, betreffend unsere Stellung zur Vergebung der Entrostungsarbeiten an der Carolabrücke, knüpft die Redaktion die an sich ganz zutreffende Bemerkung, daß es ratsam sei, daß unsere Vertreter in den Parlamenten sich in speziellen Fachfragen bei den nahestehenden Korporationen die erforderlichen Unterlagen verschaffen. Wir stellen hierzu fest, daß wir, soweit es sich um die Wahrnehmung der Interessen einzelner Korporationen im Stadtparlament handelt, mit der Leitung der jeweils in Frage kommenden Gewerkschaften in ständiger und reger Fühlung stehen. Jedenfalls haben wir auch im vorliegenden Falle unverzüglich den von der Verbandsleitung ausgesprochenen Wunsch nach einer Aussprache mit dem Malerinnungs-Obermeister, an der der betreffende Gewerkschaftsvertreter teilzunehmen beabsichtigte, Rechnung getragen. Diese Aussprache fand so früh statt, daß die Fraktion noch vollständig genügend Zeit für ihre weiteren Dispositionen und Informationen hatte. Irrig ist jedoch die von der Redaktion zum Ausdruck gebrachte Auffassung, daß, wenn man sich bei den Dresdner Kollegen befragt hätte, „zum Beispiel ein Gutachten der Eisenbahnverwaltung, über das jeder Fachmann den Kopf schüttelt, keine besondere Rolle gespielt haben würde". Auch jenes Gutachten war bei der gemeinschaftlichen Aussprache zwischen Fraktion, Obermeister und Verbandsleitung Gegenstand der Erörterung, doch wurde sein materieller Inhalt weder vom Innungsobermeister noch von dem Vertreter der Gewerkschaft auch nur mit einem Wort angezweifelt oder gar erschüttert. Unbeweisbare Bemerkungen jedoch über den vermeintlichen Zweck des Gutachtens konnten wir nicht als „fachmännische Information" auffassen.

Dresden, im August 1916.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion.

Zu diesen Angaben ist festzustellen, daß die berichtigende Fraktion den von uns hervorgehobenen und also auch von ihr anerkannten Grundsatz, daß sie sich in speziellen Fachfragen bei nahestehenden Korporationen die erforderlichen Unterlagen verschaffen müßte, in dem umstrittenen Falle nicht beachtete. Sie hat sich vielmehr monatelang mit der Angelegenheit beschäftigt und dazu wichtige Beschlüsse mitgefaßt, und sie hätte es ganz bestimmt nicht für nötig gehalten, sich mit unsern Kollegen in Verbindung zu setzen, wenn diese nicht gewissermaßen noch in letzter Stunde, als sie von anderer Seite auf das von ihnen jetzt kritisierte sonderbare Verfahren aufmerksam gemacht wurden, eine Aussprache ausdrücklich verlangten. Daß man diese nicht abgelehnt hat, kann doch wirklich nicht als ein Entgegenkommen oder als Beweis dafür gelten, daß man in diesem Falle mit der in Frage kommenden Gewerkschaft „in ständiger und reger Fühlung" stand. Die weitere Bemerkung der vorstehenden Berichtigung, daß das Gutachten der Eisenbahnverwaltung weder von unserm Vertreter noch vom Innungsobermeister angezweifelt oder gar erschüttert worden sei, wird von unserm Dresdner Organisationsleiter als den Tatsachen entgegenstehend bezeichnet. Es sind danach sogar sehr wesentliche Einwendungen nach mehreren Richtungen hin gemacht worden, die auch unseres Erachtens zu erheblichen Bedenken hätten Anlaß geben sollen. Die Behauptung, daß dies unbeweisbare Bemerkungen gewesen seien, muß demnach zurückgewiesen werden.

Im übrigen halten wir nunmehr die Angelegenheit für uns als erledigt.

Kundgebung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland.

Stärker als je offenbart sich der Vernichtungswille der leitenden Staatsmänner unserer Feinde gegen Deutschland. Sie bestehen nicht nur auf der völligen Zertrümmerung unserer Waffenmacht, sie beharren auch auf ihren Plänen, dem deutschen Volke einen schimpflichen Frieden aufzuzwingen und es durch Abschneidung der Rohstoffe und Fern-

halten vom Weltverkehr in wirtschaftliche Ohnmacht zu drücken.

Diese Anschläge der Feinde, die sie zu Beginn des fünften Kriegsjahres laut verkünden, obwohl in ihren eigenen Ländern die Friedenssehnsucht der Massen sowohl wie der Einsichtigen wächst, legen uns die unabweisbare Pflicht äußerster Kraftanspannung und festester Sammlung zur Verteidigung des Vaterlandes auf. Jeder Mann und jede Frau muß sich klar sein, es geht um Leben, Ehre und Freiheit unseres Volkes. Deutschland würde in unsagbares Elend versinken, wenn die Feinde siegen sollten.

Seit dem ersten Tage des Weltkrieges ist unser Volk von der tiefsten Ueberzeugung beseelt, daß der ihm aufgezwungene Kampf ums Dasein einer Verteidigung seiner heiligsten Güter gilt. In diesem Bewußtsein hat es Ströme seines besten Blutes vergossen, unsägliche Opfer gebracht und namenlose Leiden erduldet. Nicht um Länder zu gewinnen, nicht um die Weltherrschaft zu erringen, sind Deutschlands Söhne ausgezogen. „Uns treibt nicht Eroberungslust!" Dies Wort des 4. August 1914 gilt auch heute noch. Und wer diesem Kampfe eine andere Deutung gibt als die eines Verteidigungskrieges, der fälscht Geist und Seele unseres Volkes.

Die Waffen müssen sprechen, weil die Feinde es wollen. Aber im festen Vertrauen auf die Kraft unserer Fronten und die Standhaftigkeit der Heimat sprechen wir es gerade angesichts des Vernichtungswillens unserer Feinde aus, daß das deutsche Volk, für dessen übergroße Mehrheit der „Volksbund für Freiheit und Vaterland" Wortführer ist, das Ziel dieser Verteidigungskämpfe in einem Frieden in Ehren für alle sieht, in einem Frieden der Verständigung, ohne gewaltsame Annexionen und erzwungene Kontributionen, in einem Frieden, der die Unversehrtheit unseres Vaterlandes und die Entwicklungsfreiheit unseres Volkes ebenso sichert, wie er auch unseren Feinden die gleichen Güter gewährleistet. Der auf Recht und Gerechtigkeit begründete Völkerbund, die allgemeine Einführung der Schiedsgerichtsbarkeit, der freie Austausch von Gütern in Handel und Verkehr, die Wiederherstellung der Kulturgemeinschaft aller Völker sind hohe Ziele, die dem deutschen Volke heilig sind.

Mögen die Regierungen und Völker unserer Feinde diese unverfälschte Stimme des deutschen Volkes hören! Mögen auch die neutralen Länder sie beachten! Noch einmal, dies ist die wahre, echte Stimme des deutschen Volkes, das, zum Kampfe entschlossen, solange die Not es zwingt, jede Kriegshetze verabscheut und den Krieg nicht einen Tag länger fortzusetzen gewillt ist als nötig ist, um einen gerechten, dauernden Frieden für alle zu sichern.

Der „Volksbund für Freiheit und Vaterland" wendet sich aber auch gegen die inneren Feinde unseres Volkes, die ihm die Freiheit seiner politischen Entwicklung verkümmern, seinen wirtschaftlichen und geistigen Aufstieg hemmen, seine geschlossene Kraft zerstören wollen. Wer heute große Parteien und breite Massen, die dem Vaterlande im Kampf und Dulden ihr Dasein weihen, befehdet, ihre Gesinnung verdächtigt, ihnen verleumderische Anwürfe zuschleudert, feierlich zugesagte Rechte verweigert und damit Keime der Zwietracht und der Erbitterung säet — der versündigt sich am Vaterlande, schwächt die Nation und wird zum Handlanger der äußeren Feinde. Freiheit und Vaterland sind unserem kämpfenden und leidenden Volke in diesen Jahren des Weltkrieges zu einem untrennbaren Wesen verschmolzen — mit diesem Feldruf zieht es in den Kampf der Waffen, mit dieser Losung geht es an die Werke des Friedens!

Arbeitsnachweis, Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung im Herzogtum Gotha.

In richtiger Erkenntnis, daß beim Umstellen der Kriegs- in die Friedenswirtschaft nach Beendigung des Krieges das Arbeitsnachweiswesen eine wichtige Rolle spielen wird, haben hier Staat und städtische Behörden eingesehen, daß dazu die bisherigen Einrichtungen keineswegs genügen können. Die genannten Behörden haben deshalb zu Anfang des Jahres Beratungen gepflogen und Vereinbarungen getroffen — zu denen auch die Gewerkschaften durch das Gothaer Kartell ihre Wünsche und Ansichten geltend gemacht haben —, die das Resultat zeitigten, daß das Arbeitsnachweiswesen im Herzogtum neu geregelt worden ist, und zwar in einer Art und Weise, daß damit bis zu einer reichsgesetzlichen Lösung auch die organisierte Arbeiterschaft zunächst einverstanden sein kann.

Der neue Arbeitsnachweis ist über das Herzogtum zentralisiert. Er stellt einen Vertrag dar zwischen den Städten Gotha, Waltershausen, Friedrichroda, Ohrdruf, Mehlis, Zella und Ruhla (gothaischen Anteils). Zentralstelle ist die Stadt Gotha. Ein späterer Ausbau zu einem Arbeitsamt ist vorgesehen. In Gotha ist der Nachweis in neu hergerichteten Räumen untergebracht; es üben zunächst dort ein Beamter und eine Beamtin, letztere ausschließlich für die weibliche Abteilung, ihre Tätigkeit aus. Die andern genannten Städte haben den Charakter von Nebenstellen und werden auch zunächst nebenamtlich verwaltet.

Finanziert wird die Einrichtung zum größten Teil vom Staat, zum andern Teil von den genannten Gemeinden. Sie ist jedoch städtische Einrichtung.

Die Verwaltung wird ausgeübt von einem Vorstand, der sich aus 13 Personen zusammensetzt, nämlich: einem Vertreter der Stadtgemeinde Gotha als Vorsitzenden, einem Vertreter des Staates und der Landgemeinden, einem Vertreter der andern beteiligten Städte, drei Vertretern der Arbeitgeber, gewählt von der Handwerks-, Handels- und Landwirtschaftskammer, zwei Vertreterinnen der Arbeitgeberinnen, gewählt vom Hausfrauenausschuß, einem Vertreter der männlichen Angestellten, einer Vertreterin der weiblichen Angestellten, zwei Vertretern der Arbeiter, gewählt vom Gewerkschaftskartell Gotha, und einer Vertreterin der Arbeiterinnen. Für alle sind Stellvertretungen zulässig. Soweit also Arbeitgeber und -nehmer in Frage kommen, ist die Parität gewahrt. Auch dem geschäftsführenden Vertrauensmann der Kriegsbeschädigtenfürsorge ist Gelegenheit gegeben, sich im besonderen Interesse der Kriegsbeschädigten im Vorstand zu betätigen.

Dem Vorstand unterliegt insbesondere die Festsetzung der Geschäftsordnung für den Arbeitsnachweis sowie der Grundsätze, nach denen vermittelt wird, die Aufstellung des Haushaltsplanes und die Rechnungslegung, die Anstellung der Beamten.

Die Vermittlung geschieht für beide Teile unentgeltlich und nach streng unparteiischen Gesichtspunkten. Bei Streiks ist den Arbeitsuchenden die Tatsache des Streiks, soweit dieses dem Nachweis bekanntgegeben, zwecks Vermeidung unnötiger Reisen, mitzuteilen.

Neuerdings richtete der Vorstand sein Augenmerk auf die zurzeit besonders aktuelle Frage der Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung. Um sich der Teilnahme der hierfür in Frage kommenden Kreise zu versichern, wurden Vertreter der Behörden, Schulen, Gewerbekammern, des Handwerks und der Arbeiterschaft zu einer Besprechung eingeladen, in der zunächst ein Referat über Zweck und Nutzen der Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung erstattet und dann über den Stand der Angelegenheit in andern Städten berichtet wurde. Ausgehend davon, daß es sich nicht nur um eine Jugendfürsorgefrage handele, sondern daß auch zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens nach dem Kriege mehr als bisher nötig sei, die jungen Leute dem richtigen, ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechenden Berufe zuzuführen, da bisher nur allzusehr die Wahl des Berufes von Aeußerlichkeiten und Zufall, zum Schaden des Gewerbes und des Betreffenden selbst, abhängig gewesen sei, faßte der Referent seine Ansichten, Forderungen und Ratschläge in Leitsätze zusammen. Er fordert Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung auf gesetzlicher, obligatorischer Grundlage für beide Geschlechter. Auch die Schüler höherer Schulen will er, soweit sie ohne Einjährigenzeugnis und Abiturium abgehen, einbegriffen wissen. Beratung und Vermittlung muß zusammengehalten, also von einer Stelle aus betrieben werden. Diese Stelle muß sich zusammensetzen aus dem möglichst fachkundigen und erfahrenen Arbeitsvermittler, aus Vertretern der Berufe, Arbeitgeber und -nehmer, unter Hinzuziehung von Schulmännern und dem Schularzt. Der Schule und damit in Verbindung den Schulärzten weist der Referent eine vorbereitende und aufklärende Tätigkeit zu, die Hand in Hand mit dem Beratungs- und Vermittlungsausschuß gehen soll. Für alles dieses macht er praktische Vorschläge.

Daß der ganzen Sache reges Interesse von allen Seiten entgegengebracht wird, bewiesen die zahlreich Versammelten, unter denen sich auch der Staatsminister befand, durch die lebhafte Aussprache der Vertreter der Arbeiter, der Arbeitgeber und der Schule. Erstere traten für die Schaffung einer solchen Einrichtung im Sinne der Leitsätze des Referenten ein und befürworteten die Angliederung an den öffentlichen Arbeitsnachweis. Dasselbe taten die Innungsvertreter, während merkwürdigerweise ein Schulleiter und ein Lehrer, angeblich auf Grund vorliegender Erfahrungen, eine Beteiligung der Schule ausgeschlossen wissen wollten. Um so nachhaltiger trat der Referent, selbst aktiver Lehrer, für die Mitwirkung der Schule ein.

Das Resultat der Verhandlung war schließlich, daß der Vorstand des Arbeitsnachweises unverzüglich die nötigen Schritte zur Zusammensetzung des Beratungsausschusses im angeregten Sinne zu unternehmen hat, damit dieser in Angliederung an den Arbeitsnachweis alsbald mit seiner Tätigkeit beginnen kann.

Die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse fordern gebieterisch, daß sich die organisierte Arbeiterschaft mehr als bisher der Lehrlingsfrage annimmt. Hier ist ihr Gelegenheit geboten, ihre Wünsche und Ansichten auf Grund der gesammelten Erfahrungen zunächst auf den erwähnten Gebieten zur Geltung zu bringen. Es kann nicht angehen, daß solche Fragen einseitig und engherzig, ohne Mitwirkung der Arbeiterschaft, die als Eltern und Angehörige der Berufe ein eminentes Interesse daran haben, erledigt werden.

Auf den genannten Gebieten ist noch so viel aus- und aufzubauen, daß sich die Beteiligung der organisierten Arbeiterschaft immer lohnen wird. P. V.

Von unsern Kollegen im Felde.

Das Eiserne Kreuz zweiter Klasse sowie die badische Verdienstmedaille erhielten die Kollegen G. Riefling und Jos. Heilmann der Filiale Mannheim. Der Kollege G. Ziegenfuß aus Mannheim erhielt das Eiserne Kreuz zweiter Klasse und die bayerische Verdienstmedaille mit Schwertern. Das Eiserne Kreuz zweiter Klasse erhielt der Kollege Rupert Paslötter, vor dem Kriege lange Vorsitzender der Filiale Heidelberg.

Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

Hannover. Am 13. August fand im Saale des Gewerkschaftshauses eine Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung. 2. Der Stand unserer Berufsorganisation und unsere Berufsverhältnisse. 3. Geschäftliches. Kollege Sievers gab zunächst die Namen der seit der letzten Versammlung gefallenen Kollegen bekannt, deren Andenken in der üblichen Weise geehrt wurde. Die Abrechnung vom zweiten Quartal ergab eine Gesamteinnahme von ℳ 3901,99. An die Hauptkasse konnten nach Abzug aller Ausgaben in diesem Halbjahr ℳ 1576,25 eingesandt werden. An Unterstützungen sind während der Kriegszeit bis zum 1. Juli an die Mitglieder ℳ 14 094 und an unsere Kriegerfamilien ℳ 9470 ausgezahlt worden. Zum zweiten Punkt berichtete Kollege Schubert. Zu Anfang dieses Jahres habe die Hoffnung auf einen baldigen Weltfrieden bestanden. Leider scheine zu den vielen Enttäuschungen, die wir in dieser langen Leidenszeit erfahren haben, auch diese Hoffnung eine trügerische zu sein. Es gelte nun, auch im fünften Kriegsjahr alle noch vorhandene Kraft und Energie aufzuwenden, um auch die weitere Dauer dieses elenden Krieges zu überstehen. War die wirtschaftliche Lage unseres Gewerbes schon vor dem Kriege keine günstige, so hat der Beruf während des Krieges von allen wohl am schwersten gelitten und liegt gegenwärtig in der Hauptsache wegen Materialmangels fast still. Im Jahre 1912 zählten wir 403 Betriebe mit 753 beschäftigten Gehilfen. Gegenwärtig sind noch zirka 20 Betriebe vorhanden, in denen etwa 50 Gehilfen beschäftigt werden. Auch in den industriellen Betrieben ist die Zahl der beschäftigten Kollegen immer mehr wegen Materialmangels beschränkt worden. In diesen Betrieben schwankt der Stundenlohn zwischen ℳ 1,20 bis ℳ 1,00. Zum Heere sind in diesem Jahre 10 Mitglieder einberufen und elf Kollegen haben sich zurückgemeldet. Insgesamt sind 750 Mitglieder zum Militär einberufen. Gefallen sind bisher, soweit bekannt, 84 Mitglieder und als vermißt gemeldet 15. Im Arbeitsnachweis ließen sich im laufenden Jahre 59 arbeitslose Mitglieder eintragen. Infolge der vermehrten Abwanderung in andere Beschäftigungen außerhalb des Berufs kann von einer Arbeitslosigkeit nicht gesprochen werden. Die Beitragserhöhung ist gut durchgeführt, ohne daß auch nur ein Mitglied untreu geworden wäre. Unser Mitgliederbestand ist seit anderthalb Jahren konstant geblieben und beträgt 190. Diese Mitglieder bilden den festen, alten Stamm, der in allen Gefahren die Treue bewahrt und das Bestehende unerschütterlich aufrechterhält, weil unsere Alten wissen, daß die berufliche Existenz von einer guten Organisation abhängig ist. Ferner können wir noch die 300 Kollegen im Waffenrock, denen wir schon seit vier Jahren unsern „Vereins-Anzeiger" zusenden, als unsere treue Reserve bezeichnen, in die wir die Hoffnung setzen, daß sie, wenn sie zurückkehren, wieder an unserm Aufbau regen Anteil nehmen werden. Das Verhältnis zu unsern Arbeitgebern war ebenfalls ein gutes. Die Teuerungszulage von 25 ₰ pro Stunde ist ohne Differenz durchgeführt worden. Kaum war aber die Teuerungszulage in Kraft getreten, so setzten auch schon weitere Preiserhöhungen der Lebensmittel in recht fühlbarer Weise ein. Dazu kam die fast allgemein erfolgte Mietesteigerung, Steuern und die geradezu märchenhafte Erhöhung der Bekleidungsgegenstände. Es müssen deshalb die vermehrten Klagen unserer Kollegen, daß mit dem gegenwärtigen Lohn, der im Verhältnis zu andern Gewerben am niedrigsten steht, bei aller Einschränkung nicht mehr auszukommen ist, als vollberechtigt anerkannt werden. Bei der langen Dauer dieser kaum noch erträglichen Zustände müssen die unaufhörlichen, zum Teil sprunghaften Preissteigerungen durch entsprechende Löhne ausgeglichen werden. Es kommt hinzu, daß Waren im Schleichhandel zu den fabelhaften Wucherpreisen gekauft werden müssen, weil von den Rationen niemand leben kann. Infolge der noch nicht absehbaren Dauer des Krieges muß uns die Zukunft unseres Gewerbes mit großer Sorge erfüllen. Der immer weitere Rückgang des Nachwuchses bildet eine Gefahr für unsern Beruf und dessen zukünftige gesunde Entwicklung. Die Zahl der Lehrlinge ist hier von zirka 150 vor dem Kriege auf gegenwärtig 30 zurückgegangen. Durch unsere Werbetätigkeit konnten größere Erfolge nicht erzielt werden, weil die Zahl derjenigen Kollegen, die noch für die Organisation gewonnen werden kann, sehr gering ist. Dabei muß aber die Werbetätigkeit stets in Fluß bleiben, weil doch täglich im Zu- und Abgang Veränderungen eintreten. Es muß mit aller Kraft dahingewirkt werden, daß wir uns eine lückenlose Organisation schaffen, die allen gegenwärtigen und zukünftigen Anforderungen gewachsen ist. In der Diskussion wurden zunächst die unzureichenden Löhne gegenüber den dauernden Preissteigerungen aller notwendigen Bedarfsgegenstände und die dringende Notwendigkeit in der Werbung von Mitgliedern besonders betont.

Gewerkschaftliches.

Teuerungszulagen und Arbeitszeitverkürzung der Eisenbahner. Der von L. Brunner geleitete Deutsche Eisenbahnerverband, der sich in wenigen Monaten außerordentlich günstig entwickelte, kann mit Genugtuung auf die gezeitigten Erfolge hinblicken, die durch seine Bemühungen bereits für die Verbesserung der Lage der Eisenbahner erreicht worden sind.

Bekanntlich sind die Eisenbahner im ganzen Reiche während des Krieges dienstlich außerordentlich stark in Anspruch genommen. In den Werkstätten der Preußisch-Hessischen Staatseisenbahnen müssen nicht nur dauernd Ueberstunden geleistet, sondern es muß auch an den Sonntagen gearbeitet werden. Das Bestreben des Verbandes war nun in letzter Zeit insbesondere auf Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohneinkommens gerichtet. Nachdem nun soeben der Eisenbahnminister eine außerordentliche Teuerungszulage bewilligt hat, hat er jetzt auch verfügt, daß die Sonntagsarbeit in den Werkstätten, auf die er mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse nicht glaubt ganz verzichten zu können, um eine Stunde verkürzt werden soll. Bisher wurde sechs Stunden gearbeitet, während für neun Stunden der Lohn gezahlt wurde. Jetzt soll die Arbeit an jedem zweiten Sonntag ohne Lohneinbuße fünf Stunden betragen.

Der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands hält am 14. Oktober und die folgenden Tage seinen siebten Verbandstag in Leipzig ab. Die provisorische Tagesordnung lautet: 1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Statutenberatung. 4. Tarifwesen und Teuerungszulagen. 5. Steinindustrie und Handelspolitik. 6. Unser gewerkschaftliches Arbeitsprogramm. 7. Sozialpolitische Forderungen. 8. Allgemeine Wahlen. 9. Anträge, die durch die Tagesordnung nicht erledigt sind.

Der Fabrikarbeiterverband nach vier Kriegsjahren. Auch im vierten Kriegsjahr ist der Fabrikarbeiterverband weiter gewachsen. Die Zunahme beträgt 24 451, davon 11 775 männliche und 12 676 weibliche Mitglieder. Vor Kriegsausbruch hatte der Verband insgesamt 207 330 Mitglieder. Diese Zahl ist gegenwärtig auf 115 790 gesunken. Aber die Zahl der weiblichen Mitglieder ist von 26 000 auf 43 000 gestiegen, und rechnet man zu den 73 000 männlichen Mitgliedern die rund 100 000 Mitglieder, die nach Abzug der Gefallenen und Gestorbenen gegenwärtig noch im Heeresdienste stehen, so ergibt sich eine Gesamtmitgliederzahl, die um etwa 10 000 höher ist als vor Kriegsbeginn. So darf der Fabrikarbeiterverband mit Recht hoffen, am Kriegsende stärker dazustehen als vorher und ein kraftvolles Organisationsgebäude in den Frieden mit herüberzunehmen.

Arbeiterversicherung.

Die Oberversicherungsämter 1917. Die Oberversicherungsämter, die durch die Reichsversicherungsordnung neu eingeführt wurden, sollten für den Regierungsbezirk die Zentralstelle für Angelegenheiten der Arbeiterversicherung sein. Sie bilden eine Aufsichtsbehörde für die unteren Versicherungsämter, die in Preußen für jede Stadt mit mehr als 10 000 Einwohner und für jeden Landkreis zu errichten sind. Im übrigen haben die Oberversicherungsämter in der Hauptsache Streitigkeiten aus dem Gebiete der genannten Versicherung zu entscheiden. In der Krankenversicherung sind sie Berufungsinstanz gegen Urteile der Versicherungsämter, in der Unfallversicherung kann, wenn der „Einspruch" gegen einen Bescheid der Berufsgenossenschaft erfolglos war, gegen den „Endbescheid" Berufung bei dem Oberversicherungsamt eingelegt werden, und in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung sind gegen die Bescheide der Landesversicherungsanstalten die Oberversicherungsämter unmittelbar anzurufen. In Preußen bestehen 88 Oberversicherungsämter, daneben noch einige, die lediglich Knappschaftskassenangelegenheiten für Bergarbeiter zu erledigen haben. Nach einer eben erschienenen Uebersicht für das Jahr 1917 hatten die Oberversicherungsämter in diesem 7220 „Beschlußsachen" zu erledigen. Das sind solche Streitigkeiten, die sich um Verwaltungsangelegenheiten, Fragen der Versicherungspflicht usw. drehen. Von der Gesamtzahl wurden 5070 ohne Zuziehung von Beisitzern aus dem Stand der Unternehmer und Versicherten vom Vorsitzenden allein entschieden. Von den „Beschlußkammern" wurden 1108 Sachen erledigt, davon aber 1069 ohne mündliche Verhandlung. Eine solche (mit den Parteien) fand nur in 39 Fällen statt.

Weit zahlreicher waren die „Spruchsachen". Das sind solche, in denen es sich um Unterstützungs- und Rentenansprüche der Versicherten oder ihrer Hinterbliebenen handelt. Derartige Sachen waren 42 992 zu erledigen. Davon wurden 29 279 durch Urteil beendet. 7480 wurden ins Jahr 1918 übernommen. Der geringe Rest erledigte sich durch Vergleich, Anerkenntnis, Zurücknahme usw. Die Spruchsachen wurden zum weitaus größten Teil in mündlicher Verhandlung unter Zuziehung der Beisitzer behandelt. Nur in bestimmten wenigen Ausnahmefällen hat der Vorsitzende das Recht, Berufungen allein zu erledigen. Die Spruchkammern hielten im Jahre 1917 zusammen 1781 Sitzungen ab. Sie entscheiden unter Anteilnahme von je zwei Unternehmer- und Versichertenbeisitzern an jeder Sitzung.

Die Geschäftsbelastung der Oberversicherungsämter hat gegenüber der letzten Friedenszeit sehr abgenommen. Die Invaliden- und Hinterbliebenenrentensachen haben sich zwar vermehrt, dafür haben aber die Unfallrentensachen, die sonst den Hauptteil der Arbeit bildeten, erheblich abgenommen. Der Anteil der Streitsachen aus der Krankenversicherung ist nur ein bescheidener.

Gewerbe- und soziale Hygiene.

Der Krankenstand während des Krieges. Es war eine auffällige Erscheinung, daß nach Ausbruch des Krieges die Zahl der erwerbsunfähig Kranken bei allen Krankenkassen erheblich zurückging. Der Grund war zum Teil in psychologischen Momenten insofern zu suchen, als jeder seine Kräfte zusammenraffte, um die vermeintlich kurze Zeit des Krieges überstehen zu helfen. Auf die Dauer war das aber nicht aufrechtzuerhalten. Die Folgezeit brachte bei allen Klassen eine ständige Zunahme der Zahl der erwerbsunfähig Kranken. Nach den Erhebungen des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen stieg der durchschnittliche Bestand an solchen Kranken von 2,66 vom Hundert aller Mitglieder im Jahre 1915, auf 2,77 v. H. im Jahre 1916, 3,03 v. H. im Jahre 1917 und 3,48 v. H. am 1. Juni 1918. Das ist gegenüber dem Stande vom Herbst 1914 fast eine Verdoppelung. Das Kaiserliche Statistische Amt hat im Jahre 1917 bei allen größeren Kassen eine Erhebung vorgenommen und einen durchschnittlichen Bestand von 2,97 v. H. festgestellt. Der absoluten Zahl nach war der Bestand an Erwerbsunfähigen im Jahre 1917 bei allen staatlich organisierten Krankenkassen auf annähernd eine halbe Million zu berechnen.

Bemerkenswert ist, daß im Gegensatz zu den Feststellungen aus der Friedenszeit die Zahl der weiblichen Kranken geringer ist als die der männlichen. Nach der Statistik der Ortskrankenkassen waren am 1. Juni 1918 durchschnittlich 3,31 v. H. der weiblichen und 3,82 v. H. der männlichen Mitglieder erwerbsunfähig, nach den Erhebungen des Kaiserlichen Statistischen Amts im Jahre 1917 durchschnittlich 2,81 v. H. beziehungsweise 3,13 v. H. Diese Veränderung hat ihre Ursache darin, daß die männlichen Arbeiter zum guten Teil nicht vollkräftig, sondern alte oder invalide oder bereits kriegsbeschädigte Leute sind. Im Gegensatz dazu sind die weiblichen Mitglieder meist noch junge Frauen.

Die allgemeine Zunahme der erwerbsunfähig Kranken erklärt sich aus der gesteigerten Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft und aus den Ernährungsschwierigkeiten. Dabei kann man annehmen, daß, wenn die Zahl der Aerzte nicht so knapp wäre, die Kranken noch zahlreicher wären. Das ist kein Spott auf die Aerzte, sondern betrübender Ernst; denn es ist heute kein Vergnügen, in den Wartezimmern der Aerzte stundenlang eingepfercht zu sein. Durch die neueste Grippen-Epidemie hat die Zahl der Kranken eine weitere rapide Steigerung erfahren, zum Beispiel bei den Berliner Kassen bis Mitte Juli um rund 40 000. Die geldlichen Mittel der Krankenkassen werden daher gegenwärtig außerordentlich stark in Anspruch genommen.

Sozialpolitisches.

Die bevorstehenden Aenderungen im Mieterschutz. Angesichts der Wohnungsnot, der Umzugsschwierigkeiten und der großen Hindernisse für das Bauen hat der behördliche Schutz der Mieter vor ungerechtfertigter Mietesteigerungen und Mietkündigungen besondere Wichtigkeit gewonnen. Die im Juli vorigen Jahres erlassene Verordnung des Bundesrats zum Schutze der Mieter hat sich im allgemeinen bewährt; aber es gilt jetzt, die Lücken auszufüllen und die ganze Einrichtung zweckentsprechend auszubauen. Eine Erweiterung der Bundesratsverordnung ist demnächst zu erwarten, und die beteiligten Kreise sind deshalb schon seit geraumer Zeit eifrig damit beschäftigt, ihre Wünsche zu formulieren und zur Geltung zu bringen. Eine gute Uebersicht über diese Wünsche und über die für sie geltend zu machenden Gründe hat nun neuestens eine in Frankfurt a. M. über diesen ganzen Gegenstand abgehaltene Tagung der Mieteinigungsämter geboten, die durch ihre fortgesetzte praktische Erfahrung in diesen Dingen ganz besonders berufen sind, sich zu äußern. Danach herrscht in den Kreisen der Mieteinigungsämter ziemlich weitgehende Uebereinstimmung vor allem darüber, daß auch solche Mietverträge, die ohne besondere Kündigung ablaufen, den Entscheidungen der Mieteinigungsämter unterstellt werden sollen, ebenso Neuvermietungen. Ferner wurde die weitere Ausdehnung der Mieteinigungsämter auf alle Orte, wo ein Bedarf besteht, allgemein gebilligt; desgleichen, daß die vor diesen Aemtern abgeschlossenen Vergleiche vollstreckbar sein sollen, während über die Vollstreckbarkeit der Entscheidungen der Mieteinigungsämter die Meinungen geteilt waren. Ueberwiegend wurde auch gewünscht, daß über das bisherige Recht des Mieters, gegen Mietzinssteigerungen das Mieteinigungsamt anzurufen, hinaus eine allgemeine behördliche Genehmigungspflicht für diese Fälle in den einzelnen Orten solle eingeführt werden können, indessen erhob sich doch auch nicht unbedeutender Widerspruch gegen diese Forderung. Auf der andern Seite wurde aber auch eine Erweiterung des Schutzes der Vermieter gegenüber den Hypothekengläubigern ziemlich allgemein empfohlen. Man wird annehmen dürfen, daß die geplante Umänderung der Bundesratsverordnung sich ungefähr auf den Bahnen dieser Anregungen bewegen wird.

Kohlen im nächsten Winter. Die Kohlenversorgung für nächsten Winter hat zu umfangreichen Maßnahmen geführt. Im allgemeinen hat die Kohlennot verschiedene Ursachen: Erhöhten Anforderungen durch die Industrie usw. steht der Ausfall an englischer Kohle und eine erschwerte heimische Förderung gegenüber. Die Zahl der Bergarbeiter hat sich vermindert, und die arbeitstägliche Leistung pro Kopf der Belegschaft geht ständig zurück. Man ist bemüht, nach Möglichkeit diese Quellen der Kohlenknappheit zu beseitigen. Im Sommer 1917 gab die Heeresleitung Bergarbeiter in größerer Zahl frei, so daß die Belegschaftsziffer um etwa 50 000 Mann gesteigert werden konnte. Neuerdings behandelte der Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe die Frage eingehend. Nach seinem eben erschienenen Bericht forderte er weitere Beurlaubungen von Bergarbeitern, von Heeresdienstpflichtigen, Gefangenen und ausländischen Arbeitern bis zur vollen Ausnützung der Förderungsmöglichkeiten. Weiter sei Sorge zu tragen, daß den Wasserstraßen stets die genügende Zahl von Schiffen mit Mannschaften zur Verfügung stehen. Bemerkenswert aus den Verhandlungen sind die Mitteilungen des Reichskohlenkommissars, daß die im vergangenen Herbst aufgenommene Statistik aus Verbraucherkreisen völlig unbrauchbar war. Die Ziffern über den vermutlichen Bedarf waren so außerordentlich hoch gegriffen, daß sie diesen um ein Mehrfaches übertrafen. Aber auch die Angaben über die Bestände waren mit Vorsicht hinzunehmen. Es wurden für den Hausbrand monatlich 2,88 Millionen Tonnen eingestellt. Um mit dem zur Verfügung stehenden Kontingent auszukommen, wurde für alle Versorgungsgebiete ein einheitliches System von Bezugsscheinen eingeführt. Die Scheine sind so gestückelt, daß sie der Größe eines Eisenbahnwaggons mit einer durchschnittlichen Ladefähigkeit von 15 Tonnen entsprechen. Aus den Berichten aus den einzelnen Gebieten des Reiches ging hervor, daß die Verteilung überall gleich knapp war. In München wurden 61 vom Hundert des Friedensbedarfs an Hausbrandkohle geliefert, in Königsberg 25 v. H., in Württemberg 50 v. H., in Offenbach 60 v. H. usw. Der Osten sei besonders schlecht weggekommen, weil er keinen Vorrat gehabt habe. Die Verteuerung der Kohlen sei zum guten Teil mit auf die schwierigen Transportverhältnisse zurückzuführen.

Vom Ausland.

Schwedische Bauarbeiterlöhne. Der seit mehreren Monaten herrschende Konflikt in der Bauindustrie Schwedens ist in diesen Tagen beigelegt worden, indem die beteiligten Parteien einem vom staatlichen Schiedsrichter vorgelegten Vermittlungsvorschlag zugestimmt haben. Danach ist die Arbeitszeit von 57 auf 51 Stunden in der Woche herabgesetzt worden. Der höchste Stundenlohn wird in Stockholm für Maurer, Bautischler und Zimmerleute mit Kr. 1,20 ausgehen. Die Hilfsarbeiter erhalten stündlich Kr. 1,10. Zu diesen Stundenlöhnen kommen dann Teuerungszulagen von 30 Oere pro Stunde sowohl für Akkord als auch für Tagelohn. In Göteborg erhalten Maurer und Holzarbeiter einen Stundenlohn von Kr. 1,05 und eine Teuerungszulage von 25 Oere pro Stunde. In Malmö soll der Stundenlohn an diese Arbeiter Kr. 1 und die Teuerungszulage 25 Oere betragen.

Der Konflikt begann bekanntlich zuerst mit lokalen Streiks, worauf der Zentralarbeitgeberverband eine das ganze Land umfassende Aussperrung erklärte. Diese ist indessen so gut wie vollkommen mißlungen, da die Mehrzahl der Arbeitgeber, die Bauarbeiten im Gange hatten, dem Arbeitgeberverband nicht angehörten. So endete der Kampf mit einem schönen Erfolg der schwedischen Bauarbeiter.

Verschiedenes.

Kriegsgewinne amerikanischer Milliardäre. Die umfangreichen amerikanischen Lieferungen an die Entente waren für zahlreiche Amerikaner die Quelle zu ungeheuren Gewinnen. Allerdings hat der Eintritt Amerikas in den Krieg die Freude an diesen Gewinnen stark getrübt; denn die auf diese Riesensummen entfallenden Steuerbeträge sind ungewöhnlich hoch. Nachstehend sind nach der „Chemisch-Technischen Wochenschrift" das Einkommen und die zu entrichtende Kriegsgewinnsteuer einer Anzahl reichster, auch in Deutschland bekannter Amerikaner angegeben. Die angegebenen Zahlen verstehen sich in Dollar.

	Einkommen	Steuer
J. D. Rockefeller	300 000 000	195 000 000
André Carnegie	50 000 000	35 000 000
William Rockefeller ...	37 500 000	24 000 000
J. Ogden Armour. ...	31 250 000	20 000 000
Henry Ford.....	25 000 000	16 000 000
W. K. Vanderbilt	25 000 000	16 000 000

Dann folgt eine größere Anzahl von Lieferanten, deren Gewinne sich in den Grenzen von 10 bis 25 Millionen Dollar halten, und eine sehr große mit Gewinnen von „nur" 1 bis 10 Millionen Dollar. Wirklich, die Herren Amerikaner haben es verstanden, den Krieg um die „heilige Freiheit der Welt", die für sie angeblich die einzige Ursache zur Beteiligung am Weltkriege war, zu einem famosen Geschäft zu machen. Gegen die amerikanischen Kriegsgewinner sind jedenfalls die europäischen die reinen Waisenknaben.

Fachtechnisches.

Patentschau. Zusammengestellt vom Patentbureau Krueger, Dresden.

Angemeldete Patente: Kl. 75 b. 10. R 45 778. Jos. Nieder, Berlin-Steglitz; Verfahren zur Herstellung eines Aetzmusters. 15. 4. 18. — Kl. 75 c. 14. A. 30 065. Gg. Albien, Essen a. d. Ruhr; Palette. 7. 1. 18. — Kl. 75 c. 25. Sch. 52 849. Rich. Schulze, Wittenberg a. d. E.; Schablonierapparat. 6. 4. 18. — Kl. 75 b 28. S. 47 856. Otto Seyffert, Leipzig; Verfahren zur Vermeidung des Zurückgehens des Reliefs auf Kunstdruckpapier. 12. 11. 17.

Gebrauchsmuster: Kl. 75 c. 683 745. Hickel & Co., Leipzig-Schönefeld; Farbgefäß mit Rührvorrichtung für Farbspritzvorrichtungen. 5. 6. 18.

Literarisches.

„Arbeiter-Jugend". Die soeben erschienene Nr. 17 des zehnten Jahrgangs hat unter anderm folgenden Inhalt: Sozialdemokratie und Staat. Von Max Sachs. — Ueber den Schlaf. Von H. H. (Schluß). — Jugendgenosse Allwissend. Von W. Sollmann. — Unsterblichkeit. Gedicht von Hieronymus Lorm. — Stephan Milo: Der Sieg des Schienenstrangs. (Mit Abbildungen.) — Gg. Engelbert Graf: Die Murmanbahn. (Mit einer Karte.) — Aus der Jugendbewegung. — Die Gegner an der Arbeit.

Zentralverband der Lederarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands. Jahresbericht des Zentralvorstandes für das Jahr 1917. Buchhandelspreis M. 1,50. Verlag von H. Mahler Berlin SO 33.

Verband der Tapezierer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands. Jahresbericht für das Jahr 1917. Selbstverlag des Verbandes, Berlin.

Stenographischer Bericht über die Konferenz des Deutschen Textilarbeiterverbandes für das Königreich Sachsen und die thüringischen Staaten am 6. und 7. April 1918 in Dresden. Verlag von K. Hübsch, Berlin O 27.

Gewerkschaftskartell Frankfurt a. M. Geschäftsbericht für die Jahre 1915 bis 1917. Verlag der Union-Druckerei und Verlagsanstalt, G. m. b. H., Abteilung Buchhandlung.

Von der **„Glocke"**, Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin, ist am 17. August das 20. Heft dieses Jahrgangs erschienen. Aus seinem Inhalt nennen wir: Die soziale Revolutionierung Englands, von Dr. Paul Lensch. Videant consules, von Alwin Saenger. Vom Obrigkeitsstaat zum Volksstaat, von Paul Hirsch. Der Proporz in der Praxis, von Linus Scheibe Der große Kunsthandelsmann, von Timan. Lassalle- und Marx-Worte. Das Einzelheft kostet 50 ₰, Abonnement vierteljährlich M. 6.

Vereinsteil.

Bericht der Hauptkasse vom 19. bis 24. August.

Eingesandt haben: Gotha M. 300, Essen 600, Königsberg 150, Stettin 400, Karlsruhe 6.

Die Woche vom 1. bis 7. September ist die 36. Beitragswoche. **H. Wentker, Kassierer.**

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 33 des „Correspondenzblattes" bei.

Kaufe jede Menge und alle Sorten
Lacke, Siccativ, Emaillelack, Glanzöle
usw. nach Muster und Angabe des Quantums. **K. Offermann, Lamstedt,** Bez. Hamburg.

Schrift-Einteil-Apparat, schnell und sicher. Preis M. 1,50. Zurückn. innerh. 20 Tagen. G. Rickmann, Hamburg 22, Hellmannstr. 8.

Verlag: H. Wentker. Für die Redaktion verantwortlich: M. Mark. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co in Hamburg.